



Eroberung durch das aserbaidische Militär im Herbst die zweitgrößte Stadt der Enklave. Die armenische Bevölkerung ist geflohen. Jetzt will Aserbaidschans Diktator Ilham Alijew Schuscha zur »kulturellen Hauptstadt« des Landes machen und alte Moscheen sowie Gebäude restaurieren.

Für die Bevölkerung und die Regierung Armeniens dürften solche internationalen Besuche in der ethnisch gesäuberten Stadt eine Provokation darstellen – zumal Schuscha bereits im vorigen Monat zum symbolischen Ort für eine weitere Vertiefung der Kooperation zwischen Aserbaidschan und der Türkei wurde. Am 15. Juni betraten der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und Alijew den Ort gemeinsam, bezeichneten ihre Länder wiederholt als »Brudervölker« und unterzeichneten ein bilaterales Abkommen. Darin wurden unter anderem ein Verteidigungsbündnis der beiden Länder sowie erweiterte gemeinsame Militärübungen vereinbart. Auch die Unverletzlichkeit der Grenzen wurde festgehalten.

Doch dürfte sich dieser Passus wohl nur auf die Staatsgrenzen der Türkei und Aserbaidschans beziehen. Obwohl das Alijew-Regime sowie Aserbaidschans außerparlamentarische Opposition im Konflikt mit Armenien auf die territoriale Integrität als völkerrechtliches Prinzip pochen (während sich die Republik Arzach auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beruft), scheint man im Falle Zyperns mit anderen Maßstäben zu messen. Der nördliche Teil der Insel ist von der Türkei besetzt und wird international nicht als eigener Staat anerkannt. Dennoch besuchte im Juli eine aserbaidische Delegation Nordzypern; Regierungsvertreter und Staatsmedien fordern immer wieder, dass Aserbaidschan die Unabhängigkeit Nordzyperns anerkennen solle.

Die weiterreichenden Implikationen des Schuscha-Abkommens dürften jedoch vor allem die geopolitische Ordnung im Südkaukasus betreffen. Während zur Zeit der Zaren und der Sowjetunion die Region vor allem unter russischer Hegemonie stand und durch diverse Straßen und Zugverbindungen vernetzt war, brach diese Infrastruktur mit der Unabhängigkeit Armeniens und Aserbaidschans 1991 zusammen. Armeniens Grenzen zur Türkei und zu Aserbaidschan sind bis heute geschlossen, Bahngleise wurden stillgelegt. Nach den Vorstellungen von Alijew und Erdoğan soll sich das ändern: Die Bahnverbindungen zwischen der Türkei, Armenien, Iran und Aserbaidschan sollen künftig wieder in Betrieb genommen werden.

Vor allem die militärische Kooperation zwischen Aserbaidschan und der Türkei stößt in Russland auf Ablehnung. Durch die türkische Armeepresenz in Aserbaidschan und den potentiellen Aufbau eines permanenten Stützpunkts sieht sich Russland mit Truppen eines Nato-Mitglieds im Südkaukasus konfrontiert – eine Region, die in Moskau als traditionelle russische Einflussphäre betrachtet wird. Nach Erdoğan's Besuch in Schuscha verkündete Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin: »Der Einsatz von militärischer Infrastruktur von Nato-Bündnismitgliedern in der Nähe unserer Grenzen ist Grund für unsere besondere Aufmerksamkeit.« Russland werde Schritte einleiten, um seine Sicherheit und seine Interessen zu verteidigen.

Die implizite Drohung aus Moskau kommt in einer Zeit, in der Aserbaidschan nach dem Sieg über Armenien immer selbstbewusster seine regionale Macht demonstriert. Die geplante Bahntrasse zu Aserbaidschans Exklave Nachitschewan soll durch Armeniens südliche Provinz Sjunik führen (Jungle World 16/2021). Diese heißt in Aserbaidschan Westsangesur.

»Westsangesur ist unser historisches Land«, sagte Ilham Alijew bei der Eröffnung einer Unterkunft für die Familien gefallener Soldaten in Baku. »Der Sowjetstaat hat Sangesur

Aserbaidsschan entrissen und Armenien übergeben. Das ist Teil einer relativ jungen Geschichte, vor 101 Jahren. Warum sollten wir sagen, das sei nicht passiert? Wir sagen die Wahrheit. Wir werden dahin zurückkehren und wir kehren bereits zurück. Niemand kann uns aufhalten.«

Auch bei den Kämpfen im Dorf Kut in Gegharkunik im Juli sprach das aserbaidsschanische Verteidigungsministerium vom Dorf »Zerkend in der Region Basarketschar«, was einige Beobachter bereits als indirekten Territorialspruch gegen Armenien betrachten. Der aserbaidsschanische social media-Analyst Cavid Ağa schrieb dazu auf Twitter: »Das aserbaidsschanische Verteidigungsministerium benutzt zeitgenössische administrative Namen für armenische Siedlungen. Das ist neu.«

Alijews Eroberungsphantasien werden in Armenien sensibel registriert. Möglicherweise sind sie vor allem Rhetorik, um bei Verhandlungen über einen abschließenden Friedensvertrag mit Armenien Druck auszuüben. Aserbaidsschan könne die finale Anerkennung der territorialen Integrität Armeniens als mildtätige Konzession verkaufen, mutmaßte der Journalist Joshua Kucera in einer Analyse bei Eurasianet. Ob diese Taktik aufgeht, bleibt abzuwarten. Während Alijew behauptet, sein Konfliktgegner blockiere die Aufnahme formeller Friedensverhandlungen, dementierte dies Armeniens Ministerpräsident Nikol Paschinjan. Aserbaidsschans Strategie sei »vorhersehbar«, sagt Paschinjan. Dies schaffe nur Vorwände für eine weitere »aggressive Politik« des Nachbarn.

Paschinjan steht nach dem Erfolg seiner Partei bei der Parlamentswahl im Juni gestärkt da. Obwohl sein Ansehen nach dem verlorenen Krieg und wegen seinem aus Sicht vieler Armenier mangelnden Verhandlungsgeschick gegenüber Aserbaidsschan und Russland stark gelitten hat, konnte seine Partei Zivilvertrag die absolute Mehrheit der Stimmen gewinnen, verlor damit aber knapp ihre vorherige Zweidrittelmehrheit der Sitze im Parlament. Paschinjans politisches Überleben wird nicht nur davon abhängen, ob er die Rückkehr der letzten armenischen Kriegsgefangenen aus Aserbaidsschan erwirken kann. Maßgeblich dürfte vor allem sein, ob es ihm gelingt, bei den Friedensverhandlungen die Unabhängigkeit der Republik Artsach und der dort lebenden Armenier zu bewahren. Sollte sich Aserbaidsschan mit seiner Forderung durchsetzen, die Herrschaft auch über die Reste des Gebiets zu erlangen, dürften auch die letzten Armenier aus Artsach fliehen.